



im Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister):

Caren Beckers - Joachim Klang - Barbara Krüger - Axel Lambrecht -
Thorsten Reimann - Angelika Schwarzer-Riemer - Maaret Westphely

Rede zur Einbringung des Haushalts 2026

(gehalten von Barbara Krüger am 11.12.2025 im Wenniger Rat - es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Wenniger und Wennigerinnen,
sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau 1. Gemeinderätin,
sehr geehrte Mitglieder des Rates, des Jugendparlaments und der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

der Haushalt 2026 liegt uns vor und wir möchten der Verwaltung, insbesondere unserem Kämmerer Herrn Rasche und seinem Team, für die damit verbundene Arbeit danken.

Als ich mit dieser Rede begonnen habe, dachte ich nur:

„Und jährlich grüßt das Murmeltier!“

Die Schulden wachsen immens - der Investitionsstau ist unser Dauerthema, der Klimawandel darf nicht aus dem Blick geraten, die Krisen der Welt wirken sich nach wie vor auch auf unser beschauliches Wennigsen aus.

Rund um den Haushalt

Die Einbringung des Haushalts durch unseren Bürgermeister Ingo Kloemann hat bereits deutlich gemacht, welche Verpflichtungen unser HH2026 wie auch die Folgehaushalte stemmen muss. Er hat aber auch auf die vorsichtige und vorausschauende Haushaltsplanung der Verwaltung hingewiesen. Die Unterfinanzierung unserer Kommune wie die der meisten deutet auf ein strukturelles Problem hin. Ein Sonderbudget des Bundes „Kommunen finanziell sanieren“ wäre wünschenswert. Jahrzehntelanges Sparen in der Infrastruktur im Bund wie in den Kommunen fallen uns auf die Füße. Die Carolabrücke in Dresden hat das leider - fast schon symbolhaft - sehr deutlich gezeigt.

Steffen Krach benennt die veränderten Rahmenbedingungen für die Haushalte:
„Geopolitische Krisen, fragile globale Wirtschaftsbeziehungen, eine schwache Inlandsnachfrage – all das bremst die wirtschaftliche Dynamik. Das kommt direkt bei den Kommunen an und belastet ihre Finanzlage.“

Hinzu kommen Gesetze, im Bund beschlossen, die in den Kommunen umgesetzt werden müssen. Unser Bürgermeister sprach dieses Problem ebenfalls in seiner Haushaltrede an: „Der Deutsche Städte- und Gemeindebund bringt es mit dem Begriff Veranlassungskonnexität auf den Punkt: Wer bestellt, muss auch bezahlen. Doch die Realität sieht anders aus.“

Schauen wir uns dies am Beispiel des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich an:

Er ist unbedingt wünschenswert und gehört in Wennigsen seit nahezu 10 Jahren zu den politischen Forderungen eines Teils des Rates, aber die Folgekosten sowie Finanzierungsmodelle werden den Kommunen überlassen. Hinzu kommt die Suche nach Fachpersonal, natürlich nun in allen Kommunen gleichzeitig. Allein die Vorplanungen und Kalkulationen waren sehr komplex. Dank an dieser Stelle an Frau Gebauer und ihr Team für diese Feuertaufe - die verwaltungstechnische Vorarbeit war eine echte Herausforderung.

Ganz nebenbei: Es zeigt sich hier, dass ein teilgebundener Ganztag an beiden Grundschulen auch aus planerischer Sicht einfacher, weil besser kalkulierbar gewesen wäre. Rätselraten über das Anwahlverhalten der Eltern erschwert sowohl die Raum- als auch die Finanzplanung.

Das Beispiel Ganztag zeigt sehr gut, dass in Berlin die finanziellen Folgen gut gemeinter und wichtiger Gesetze für die Kommunen stärker Berücksichtigung finden müssen.

Das Haushaltsloch wird größer, warnte auch die Finanzdezernentin der Region Hannover Cordula Drautz: „Ohne finanzielle Entlastungen durch Bund und Länder steigen die Defizite weiter. Die Aufgaben, die die Kommunen für Bund und Land wahrnehmen, müssen auch von dort vollständig bezahlt werden, beispielsweise die Ganztagsbetreuung. Sonst droht eine Verschuldungsspirale.“

Wahre Worte, aber werden sie dort auch gehört?

Das HH-Sicherungskonzept zeigt die Bemühungen unserer Gemeinde zu sparen, wo möglich. Finanzielle Einsparungen auf der Kläranlage im Energiebereich waren bereits im letzten HH deutlich sichtbar, die Neuorganisation der Klärschlammensorgung macht sich zusätzlich bemerkbar.

Es gibt aber auch Punkte im HH-Sicherungskonzept, die mich gerührt haben, so Einsparungen beim Drucken oder bei dem Verzicht auf hausinterne Postverteilung im Rathaus. Hier zeigen sich die Bemühungen unserer Verwaltung um Einsparungen.

Entscheidungen für Generalplanungsverfahren wie beim Feuerwehrgerätehaus Degersen sind kosten- und zeitsparend - gute Entscheidung.

Neue Gewerbeflächen am Pinnenheister werden sich hoffentlich positiv auf die Gewerbesteuer auswirken.

Immerhin werden wir im Rahmen des Kommalfördergesetzes Zuweisungen in Höhe von 540 000 € vom Land Nds erhalten, gestreckt über 2 Jahre. Ein Tropfen auf den glühenden Stein, aber immerhin ein Tropfen.

Die Schlüsselzuweisungen liegen mit 4,9 Mio € um 1 Mio höher als angesetzt, die Einkommensteuer wird 300 000 € höher ausfallen als erwartet.

Freuen wir uns auch über jedes Angebot an Fördertöpfen, auch wenn wir jeweils die Gegenfinanzierung im Blick behalten müssen. Aber bevor andere Kommunen diese abgreifen, sollten wir uns ebenfalls danach strecken.

Aber alle Freude darüber und alle Bemühungen lösen nicht das Grundproblem der Entwicklung kommunaler Haushalte.

Bauprojekte werden sichtbar wie beispielsweise das rasant wachsende Feuerwehrgerätehaus in Degersen, die Mensa an der KGS wird hoffentlich bald zum Essen einladen, KiTa-Plätze werden vorausschauend geschaffen, Straßen saniert. Eine gute Infrastruktur ist die Basis für den notwendigen Zuzug junger Familien.

Wennigsen im Wandel - es hat sich schon viel getan.

Wir müssen die Wennigser Wohnsituation unter Beachtung des demographischen sowie sozialen Wandels betrachten. Überlegungen zu senior*innengerechten Wohnungen und dem Nachzug junger Familien gehören zusammen. Eine rasch überalternde Gemeinde wie Wennigsen mit hohem Anteil an Eigenheimen muss auch den senior*innengerechten Wohnungsbau im Blick haben. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie sich der demographische Wandel auf die Einkommensteuer-Einnahmen auswirken wird.

Wie schaffen wir Sozialen Wohnungsbau, wenn wir als Gemeinde keine eigenen Baugrundstücke vorhalten können? Nutzen wir jede sich bietende Chance!

Demokratie - Prävention

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Bildung als Basis demokratischen Zusammenlebens ein hohes Gut ist. Wir müssen verstehen, was um uns geschieht, Zusammenhänge einordnen - Fakte von Wahrheit unterscheiden. Die Gesellschaft, die sich zunehmend auf KI verlässt, wird anfälliger für Manipulation, Social Media wird von Strömungen in der Gesellschaft nahezu perfekt genutzt, um zu manipulieren. Geben wir den Schulen nicht nur den neu gebauten Raum, schauen wir auch hin, wie er gefüllt wird. Zunehmend wird Schule Bildung neu ausrichten müssen. Demokratie will gelernt sein.

Prävention ist immer günstiger als Nachsorge - in jedem Bereich. Dieses Wörtchen PRÄVENTION taucht im bundespolitischen Raum immer häufiger auf, es mangelt allerdings an der Umsetzung. Bundespolitische Kürzungen im Bereich der präventiven Maßnahmen werden uns in der Zukunft auf die Füße fallen.

Gut zu sehen, dass wir in Wennigsen schon weiter sind als im Bund. Die Einrichtung des Senior*innenbeirates ist eine Maßnahme in diesem Sinn, ebenso der AK Sport und der neu eingerichtete AK Kultur, das JuPa, der Präventionsrat, der ADFC, Wennigsen for Future, das Repair-Café, die Ausbildungsbörse zur Unterstützung unserer Schulabgänger*innen und ich könnte so fortfahren. Jede aktive Beteiligungsmöglichkeit ist Teil von Prävention und fördert die Einsicht in Zusammenhänge. Man beteiligt sich und bringt sich ein - gelebte Demokratie. Man sieht, erlebt und versteht dann auch die Grenzen, die einer Gemeinschaft - zB finanziell - gesetzt sind.

An dieser Stelle auch wieder unser Dank an all die ehrenamtlich Aktiven, die besonders auch in unseren kleinen Ortschaften in vielfältiger Art und Weise das Leben lebenswert machen. Ich möchte in diesem Jahr als Beispiel die Lesementor*innen erwähnen. Wir sehen sie nicht, aber sie sind mittags in den Schulen und helfen beim Lesenlernen, einer Basisfertigkeit für die Bewältigung unseres Alltags.

Den HH-Antrag der SPD, jährlich eine Veranstaltung zur Würdigung des Ehrenamts durchzuführen, werden wir selbstverständlich unterstützen.

Klima/Umwelt

Ein Aspekt der Prävention, der bundespolitisch leider wieder im Schatten abgestellt wurde, ist der Klima- und Umweltschutz - Basis unser aller Zukunft.

Wir haben das Glück, mit dem Deister eine Hilfe bei der Klimaanpassung zu haben. Zwischen Hannover und Wennigsen gibt es im Sommer in der Regel einen Temperaturunterschied von 5 Grad zu messen. Zusätzlich sollten wir bei allen Projekten auf Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen achten. Da ist natürlich immer noch Luft nach oben. Überlegenswert wäre auch ein Klimaanpassungskonzept in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkommunen. Pattensen plant das beispielsweise zusammen mit Hemmingen, unterstützt durch Bundesfördermittel.

In Zukunft werden wir nicht nur Balkonkraftwerke im Ortsbild sehen oder PV-Anlagen auf Agrarflächen - wie in Holtensen geplant -, wir Grünen sind sicher, dass auch die belächelten Solarzäune zu sehen sein werden. Der Parkplatz am alten Rathaus wird, wenn er erst einmal PV-überdacht ist, hoffentlich einen Nachahmungseffekt haben.

Für Wennigsen stellen wir uns als Grüne Fraktion ein Kataster vor, das die PV-Überdachungen für alle kommunalen Gebäude ausweist und eine Prioritätenliste ähnlich der Straßensanierungsliste vorsieht.

WINDMÜHLEN: Wann bekommt Wennigsen endlich wieder Windmühlen? Dieses Mal moderne, die saubere Energie erzeugen, mit Bürger*innen- und kommunaler Beteiligung.

Ein nicht unerheblicher Hebel für die Klimaschutzziele ist der Verkehrsbereich. Auf lokaler Ebene bedeutet das, die Nutzung von PKW möglichst weit zu reduzieren, weitere Tempo30-Zonen und eine gute Anbindung an den ÖPNV.

Wir benötigen die Ladeinfrastruktur, um für die Zukunft mit E-Autos vorbereitet zu sein. Ich erinnere daran: Nicht alle Wenniger*innen wohnen in Häusern und haben einen Anschluss vor der Tür.

Wir schließen uns deshalb dem SPD-Antrag für ein kommunales Mobilitätsmanagement an - das ist ganz in GRÜNEM Sinn.

Erfreulich, dass der HH für Neuanschaffungen im Bereich des Bauhofs elektrisch betriebene Fahrzeuge vorsieht. Das ist eine Investition, die sich in der Zukunft mehrfach auszahlen wird.

Investitionen im Sinne des Klimaschutzes sind Investitionen in die Zukunft!

Dem Klimawandel ist unser Haushalt vollkommen egal!

Unser Klimaschutzaktionsplan darf kein Papiertiger bleiben, er muss Leitfaden unseres Handelns sein.

Unsere GRÜNEN Anträge:

1. Wohnungsbau-Genossenschaft:

Nachdem für das Baugebiet „Caleidis“ sozialer Wohnungsbau nicht umgesetzt

wurde und wir für das „Kleine Lutterfeld“ gespannt darauf warten, ob tatsächlich wie von der Präsidentin der Klosterkammer Frau Thela Wernstedt angekündigt vor Weihnachten Planungen der KSG vorgelegt werden - warten wir es mal mit Spannung ab - haben wir als Grüne Fraktion bereits im Juni unseren Antrag zum Einstieg in die Wohnungsbaugenossenschaft „Gemeingut Bredenbeck“ in den Sozialausschuss eingebracht. Ich erinnere daran, dass wir als Rat für dieses Baugebiet mindestens 30% sozialen Wohnungsbau festgelegt haben. Seitdem gibt es Beratungsbedarf und den Wunsch, auf die HH-Beratungen zu warten. Der Prüfauftrag ergab deutlich Bedarf im Bereich Wohnungen für Senior*innen sowie kleine Familien. Die Kommunalaufsicht wird selbstverständlich das letzte Wort zu dem Antrag haben, aber der politische Wille wird hoffentlich heute im Abstimmungsergebnis deutlich werden. Politische Lippenbekenntnisse zum sozialen Wohnungsbau allein reichen nicht. Wir könnten als kleinste Kommune in der Region ein Zeichen setzen.

2. Wir beantragen die Mitgliedschaft in der Genossenschaft ENER:GO Calenberger Land mit 5000€. Mit dem Beitritt unserer Kommune hätten wir wie andere Kommunen - beispielsweise Gehrden - im Aufsichtsrat direktes Mitspracherecht. Für weitere Planungen unserer Kommune wird das hilfreich sein.

3. Fraktionsübergreifender Antrag Wasser-Management

Hitze, Hochwasser und die nächste Dürreperiode kommen bestimmt. Über zwei Jahre hat eine AG mit Bürger*innenbeteiligung ein Wassermanagementkonzept erarbeitet. Zur Umsetzung bedarf es personeller Ressourcen in der Verwaltung. Der Antrag basiert auf dem Abschlussbericht der AG (Stand 14.10.2025), die die Einrichtung eines „Runden Tisches Wassermanagement“ als zentrales Steuerungsinstrument empfiehlt. Ziel ist es, Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Zivilgesellschaft besser zu vernetzen, um auf klimabedingte Veränderungen vorbereitet zu sein.

Dafür werden im Haushalt 2026 140.000 Euro eingeplant. Zusätzlich soll die Verwaltung bis zum 31. Juli 2026 einen Förderantrag bei der NBank im Rahmen der „FörderRL Klimafolgenanpassung Wasserwirtschaft“ stellen.

4. Fraktionsübergreifend unterstützen wir die Anschaffung einer mobilen Bühne.

Für den Haushalt 2027 wird unsere Fraktion den Blick nochmals Richtung Doppelhaushalt richten. Ein Doppelhaushalt bietet Vorteile wie eine bessere Planungssicherheit und eine Entlastung der Verwaltung und der Politik im zweiten Jahr, da ein aufwendiger Aufstellungsprozess wegfällt. Langfristige Projekte können besser geplant und umgesetzt, politische Schwerpunkte klarer festgelegt werden.

Als Grüne Fraktion danken wir für die gute Zusammenarbeit innerhalb des Rates und mit der Verwaltung.

Leben wir weiterhin fairen Parlamentarismus mit der Auseinandersetzung in der Sache.

Kommunalpolitik ist der Pulsschlag der Demokratie und dafür lohnt es sich, hier ehrenamtlich aktiv zu sein.

Vielen Dank für Ihre und Eure Aufmerksamkeit!